

Ein Impulsprogramm für 70 000 neue Arbeitsplätze

Klimafreundliche Wirtschaft dank Covid-Milliarden



Greenpeace hat am 3. Mai eine von 20 000 Personen unterschriebene Petition an Bundesrat und Parlament eingereicht. Der Inhalt: Covid-Milliarden klimafreundlich einsetzen. Eine anspruchsvolle Forderung, ist diese unter aktuellen Bedingungen umsetzbar?

Text Franz Lenz
Bilder iStock.com, Zug Estates AG,
IEA, EnergieSchweiz

Greenpeace wollte den Beweis und hat zusammen mit energie-wende-ja eine entsprechende Expertise in Auftrag gegeben. Diese befasst sich neben Nachhaltigkeit auch mit der Kostenfrage. Die beiden Autoren der Expertise, Ruedi Meier, Präsident energie-wende-ja, und Walter Ott, Ökonom und Elektroingenieur, sind überzeugt, dass mit einem gezielten Impulsprogramm ein klimafreundlicher Wiederaufbau der Wirtschaft nach dem Corona-Lockdown möglich ist. Dabei bauen sie auf den Sofortmassnahmen des Bundesrats auf.

Der Lockdown aufgrund der Corona-Pandemie ist vom Bundesrat mit den zweckmässigen Sofortmassnahmen von über 60 Milliarden Franken zugunsten der direkt betroffenen Branchen und Unternehmen sowie der Beschäftigten angegan-

gen worden. Wohl stehen einige Branchen und Unternehmen wie die Digitalwirtschaft mit Homeoffice, Videokonferenzen, e-Learning oder Logistikbetriebe usw. auf der Gewinnerseite. Es wäre aber eine Illusion zu glauben, dass die übrigen massiven Beschäftigungsprobleme allein mit pfiffigen Innovationen gelöst werden könnten. Für eine zukunftsgerichtete Lösung schlagen die Autoren ein zusätzliches Impulsprogramm von 16 Milliarden Franken sowie eine Nachfrage-Stützung von 15 Milliarden Franken vor. Mit diesem Programm würden nach ihrer Ansicht nicht nur rund 70 000 Arbeitsplätze geschaffen, die Schweiz würde wieder auf Kurs des Übereinkommens von Paris gebracht.

Mit einer konsequenten Durchsetzung der Kostenwahrheit würde der Regulie-



..... kompakt

Impuls

Das im Artikel vorgestellte «Impulsprogramm 2020/2030 für Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung» schlägt folgende

Hauptmassnahmen vor:

- Ersatz fossiler Heizungen
- Ladestationen in MFH
- Förderung Solarenergie
- Aus- und Weiterbildungsplattform, Umschulungsprogramme
 - Förderung öV
- Schaffung «Krisen- und Strukturfonds», 100 Milliarden Franken

rungsbedarf abnehmen (eine oft gehörte Forderung der Politik) und die Wirkung des Programms deutlich verstärkt. Die geplanten Investitionen des Impulsprogramms hätten gemäss den Autoren in zehn Jahren Einsparungen von mehreren Milliarden Franken pro Jahr zur Folge, weil damit lokale Umwelt- und Gesundheitsbelastungen reduziert würden. So auch zukünftige Klimakosten und die Abhängigkeit von ausländischen fossilen Energien. Nachfolgend für das Erreichen der Ziele einige Detailbetrachtungen der Autoren.

Gebäudepark nachhaltig gestalten

Aus klimapolitischer Sicht steht der umfassende Ersatz fossiler Heizungen absolut im Vordergrund, es soll verhindert werden, dass der Heizungsersatz wieder durch

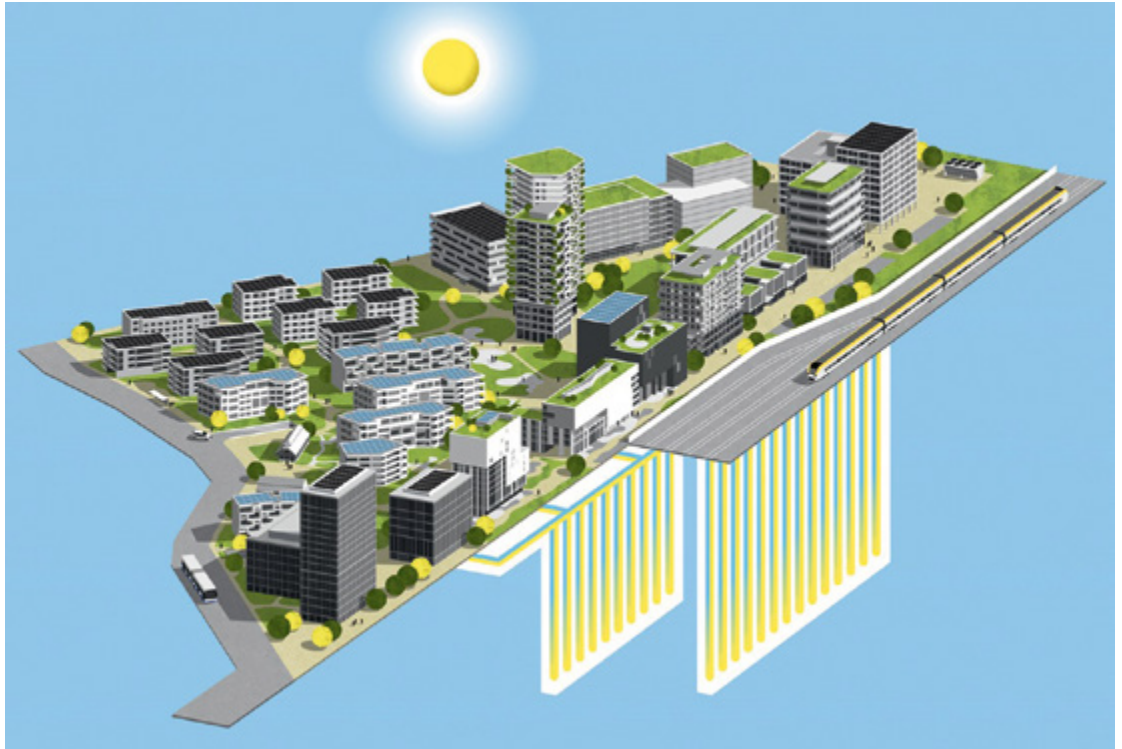
fossile Anlagen erfolgt. Im Rahmen des Impulsprogramms sollen erneuerbare Heizungssysteme beim Heizungsersatz deutlich stärker gefördert werden. Die Förderung soll allerdings mit der Zeit langsam abnehmen und um 2030 tendenziell auslaufen. Zudem sollen für den Individualverkehr in Mehrfamilienhäusern e-Ladestationen eingebaut werden.

Um allfälligen Kapazitätsengpässen und immer noch bestehenden Know-how-Defiziten auf dem Markt zu begegnen, werden als sehr wichtige flankierende Massnahmen im Rahmen des Konjunkturprogramms eine Aus- und Weiterbildungsplattform aufgebaut und finanziert sowie Umschulungsprogramme vorfinanziert. Umschulung zur Haus- und Gebäudetechnik kann dazu beitragen, Beschäftigungs-

probleme bei von Covid-19 und der Strukturentwicklung betroffenen Branchen zu mindern.

Ausbau der Solarenergie

Die derzeitigen Ausbauziele bei der Solarenergie tragen der künftigen Versorgungssituation der Schweiz viel zu wenig Rechnung. Sie müssen im Hinblick auf die künftigen Strom-Versorgungsperspektiven der Schweiz massiv erhöht werden. Im Rahmen des Impulsprogramms soll die Förderung von Grossanlagen deutlich verstärkt werden. Die Einmalvergütungen bei Kleinanlagen sollen nicht oder weniger schnell als geplant reduziert, sondern noch ausgebaut werden (grössere Förderbudgets, höhere Rückliedertarife, grössere Kontingente bei Ausschreibungen für



Zukunftsweisende
Areal-Überbauung
«Suurstoffi», Rotkreuz ZG:
Energiekonzept mit viel
Photovoltaik und Erdwärme.

Materialien und Auskünfte zur Expertise

Der Bericht mit ausführlichen
Massnahmeblättern (140 Seiten)
und die Zusammenfassung (13 S.)
sind zu finden auf www.greenpeace.ch/covid-expertise und
www.energie-wende-ja.ch

Für Auskünfte stehen zur Verfügung:

Dr. Ruedi Meier, Präsident
energie-wende-ja,
ruedi.meier@bluewin.ch,
Tel. 079 406 56 27, www.ruedimeier.ch
Walter Ott, Senior Consultant für
Wirtschaft- und Energiefragen,
ott.walter@pop.agri.ch,
Tel. 079 317 88 15
Georg Klingler,
Leiter Klima Greenpeace Schweiz,
georg.klingler@greenpeace.org,
Tel. 079 785 07 38.

Grossanlagen, d. h. auch Förderung von Anlagen, die eine höhere Vergütung erfordern). Sehr wichtig wird eine differenzierte Förderung sein, bei der die Winterproduktionsanteile deutlich höher bewertet werden als die Sommerproduktion. Auch hier werden bei einem schnellen Ausbau im Rahmen des Konjunkturprogramms Kapazitätsengpässe entstehen. Die Autoren schlagen vor, diesen mit der Mitfinanzierung von Ausbildungs-/Weiterbildungs- und Umschulungsprogrammen entgegenzuwirken.

Förderung öV/SBB

Bei der Bahn besteht ein beträchtliches Effizienzpotenzial durch einen verstärkten Einsatz der Digitalisierung und Informatik in Planung, Betrieb und Unterhalt. Die Nutzung der Effizienzpotenziale kann auch Ausbauten von teuren Kapazitätsengpässen verhindern bzw. verzögern. Für das Konjunkturprogramm im Vordergrund steht neben der Initialisierung einer Digitalisierungsoffensive das Vorziehen von Planungs- und Projektierungsarbeiten für den Ausbau des öV und allenfalls der vorzeitige Start von ausführungsfähigen bzw.

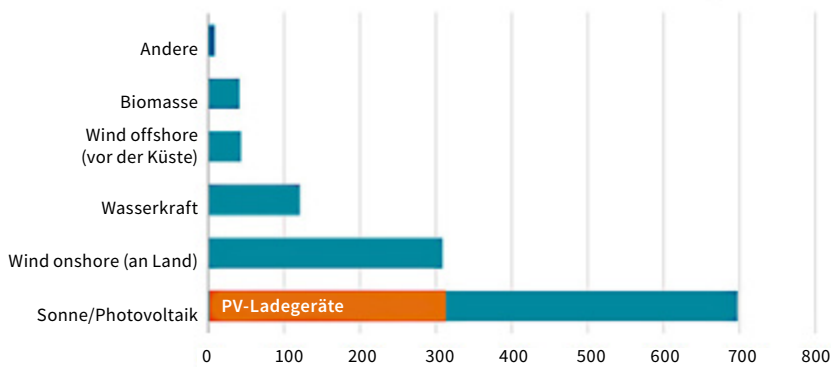
ausführungsnahen Projekten. Dazu gehören auch die schnelle Entwicklung und der Ausbau von neuen Angeboten wie Ausbau internationaler Verbindungen, Nachtzüge und Flugsatzverkehr.

Es bedeutet einen enormen Finanzbedarf

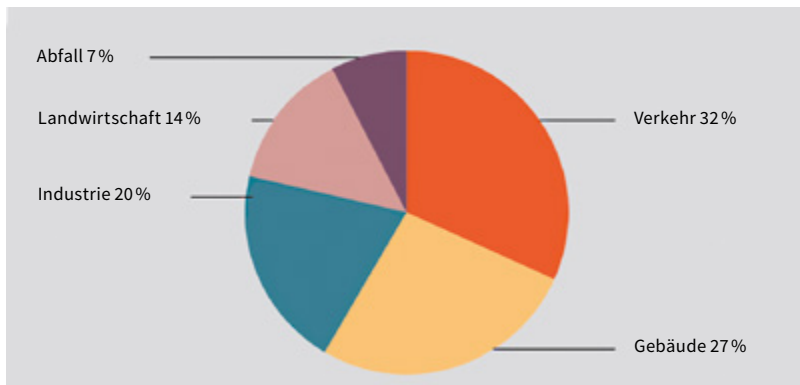
Von den etwa 60 Milliarden Franken, die bereits im Rahmen der Corona-Sofortmassnahmen eingesetzt werden, ist ein erheblicher Teil (rund 40 Milliarden) zur Stützung der Liquidität von bedrängten Unternehmungen gesprochen. Diese Gelder sollten zu einem erheblichen Teil wieder zurückfliessen. Es ist aber nicht auszuschliessen, dass ein erheblicher Zahlungsausfall resultieren wird und der Bund als Bürge einspringen muss. Die Autoren schlagen vor, zusätzlich je rund 15 Milliarden Franken für die vorgeschlagene Nachfragestützung bzw. für ein Impulsprogramm 2020/2030 einzusetzen.

Kooperative Geldschöpfung von Bund und SNB

Um diesen enormen Finanzbedarf zu decken, soll die Schaffung eines «Krisen- und



Erwartete Zunahme 2019–2024 des globalen Einsatzes erneuerbarer Energien für die Stromproduktion.



Die direkten Treibhausgasemissionen der Schweiz von 51 Mio. Tonnen CO₂ eq bzw. 5 Tonnen pro Kopf im Jahr 2015 nach Sektoren.

Strukturfonds» in der Höhe von 100 Milliarden Franken geschaffen werden. Der Bund soll in Kooperation mit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) die Finanzierung eines Teils der gesamten Kosten der Corona-Krise sicherstellen. Damit erfolge eine Geldschöpfung für die Allgemeinheit statt für das private Finanzsystem. Die Mittel würden so direkt all jenen zugutekommen, die sie wirklich benötigten und produktiv einsetzen. Wirtschaft, Gesellschaft und Nachfrage werden rasch und unmittelbar gefördert. Mit geringen administrativen Kosten können hohe Wirkungen erzielt werden. So werden Vertrauen und Sicherheit geschaffen, um die gewaltige Krise gemeinsam und möglichst rasch zu bewältigen.

Das vielfach genannte Gespenst einer Inflation bei Geldschöpfung zugunsten des Bundes bzw. der Öffentlichkeit erweist sich bei näherer Betrachtung als Trugbild, erklären die Verfasser. Zusätzliche 100 Milliarden Franken machten im Vergleich mit der weltweiten Geldmenge im Umlauf weit weniger als 1 Prozent aus. Insbesondere bei einer einmaligen Geldschöpfung sei das inflationäre Poten-

zial als äusserst gering zu betrachten. Es gelte also sicherzustellen, dass das Basisvertrauen gestärkt werde, dass die inflationsdämmenden Wirkungen etwa der Digitalisierung verstärkt zum Zuge kommen und dass der Wettbewerb – auch bei einer Rückverlagerung von Wertschöpfungsketten – nicht geschwächt wird. Im Vergleich zu einer weiteren Flutung des privaten Finanzsystems entpuppt sich die Geldschöpfung direkt über die Kanäle der öffentlichen Hand als eher inflationsdämpfende Massnahme. Die Finanzierung über höhere Steuern – welcher verteilungspolitischen Art auch immer – verhindert den wirtschaftlichen Aufschwung. Deshalb soll im jetzigen Zeitpunkt darauf verzichtet werden. Aber auch Steuersenkungen («Heiratssteuer», Reduktion von Zöllen, Abschaffung Stempelsteuer usw.) sind abzulehnen.

Gleichzeitig sollte der postulierte «Krisen- und Strukturfonds» über 100 Milliarden Franken möglichst grosse Reserven enthalten, um für weitere Eventualitäten eingesetzt werden zu können, zum Beispiel zur Unterstützung der Flugindustrie, zusätzliche Mittel für

das Gesundheitswesen oder für Notkäufe von systemrelevanten Unternehmen im Pharmabereich.

Fazit

Mit der einmaligen Schaffung eines «Krisen- und Strukturfonds» in der Höhe von 100 Milliarden Franken durch Bund und SNB kann der Wirtschaftskrise adäquat und wirksam begegnet werden. Inwiefern die Geldschöpfung grundsätzlich neu zu regeln ist, muss künftigen politischen Diskussionen überlassen werden. ■